

Den Stadtrat entlasten

Eine neue Vormundschaftskommission soll Winterthurs Stadtrat eine aufwändige Arbeit abnehmen – im Parlament wird wohl nur die SVP dagegen sein.

Von Heinz Girschweiler

Mehr als 1600 Geschäfte behandelt die Vormundschaftsbehörde in Winterthur pro Jahr. Das Gremium besteht bisher aus Stadtratsmitgliedern: Sozialvorsteherin Maja Ingold (EVP) leitet den Dreierausschuss, Finanzvorsteherin Verena Gick (FDP) und Werkvorsteher Walter Bossert (SP) sind die beiden weiteren Mitglieder. Alle übrigen Stadträte kommen sporadisch als Ersatzleute zum Einsatz.

Volle 720 Stunden pro Jahr werde Maja Ingold von dieser Aufgabe absorbiert, Tendenz steigend, heisst es in der Weisung des Stadtrates an Parlament. Das sei angesichts ihrer weiteren Aufgaben als Stadträtin und Sozialdepartementsvorsteherin nicht mehr zu verantworten. Kommt hinzu, dass die Fälle immer komplexer werden und die Klienten heute das Recht haben, von einem Mitglied der Behörde angehört zu werden. Auch soll alles rasch entschieden werden.

Im Mai soll das Volk entscheiden

Weil die aktuelle Organisationsform nicht mehr befriedigt, soll das Winterthurer Stadtparlament heute Montag eine Neuorganisation beschliessen, wie sie viele grössere Städte und Gemeinden bereits kennen. Alle Fraktionen ausser der SVP wollen ihr zustimmen. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten, voraussichtlich am 16. Mai.

Zwar soll Maja Ingold in der neuen Vormundschaftskommission den Vorsitz behalten – das Gesetz schreibt das so vor. Die konkreten Geschäfte werden aber eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident und vier nebenamtliche Behördenmitglieder behandeln. Die Sitzungen sollen alle zwei Wochen in zwei Dreierkammern stattfinden, geleitet vom Vizepräsidenten. Das Stadtparlament wird das Vizepräsidium und die Mitglieder wählen, der Stadtrat hat das Vorschlagsrecht.

Sitzungen kosten 65 000 Franken

Für die neue Vormundschaftsbehörde seien Leute mit juristischen, psychologischen und sozialpädagogischen Kenntnissen gefragt. Auch Finanzkenntnisse, Lebenserfahrung und Übung im Umgang mit schwierigen Menschen seien im Gremium nötig, schreibt der Stadtrat. Er rechnet mit einem finanziellen Aufwand von 65 000 Franken pro Jahr für Sitzungsgelder. Der nebenamtlichen Behörde stehen die Fachleute auf dem Vormundschaftsamt zur Seite. Im Jahr 2002 arbeiteten dort 50 Frauen und 15 Männer in 47 Vollzeitstellen. Die Vormundschaftsbehörden führen Bestandschaften für Kinder und Erwachsene – gegenwärtig mehr als 700. Den überwiegenden Teil nehmen gesetzliche Betreuer wahr, aber auch gut 120 Privatpersonen sind als Vormund oder Beistand tätig.

Läuft im Parlament und in der Volksabstimmung alles wie geplant, soll die neue Organisation der Vormundschaftsbehörde schon ab Mitte Jahr funktionieren.



Jungunternehmer: Die Arba-Genossenschafter bei einem konspirativen Treffen im Gründungsjahr 1978.

Junge haben wenig am Hut mit dem alten Genossenschaftsgeist

Die Winterthurer Heizungs- und Sanitärgenossenschaft Arbathe ist nach 25 Jahren zur AG geworden. Ein Einzelfall, sagen andere selbstverwaltete Betriebe. Und ein Verbot der 68er-Ziele?

Von Martin Gmür

Das Datum war kein Zufall: Am 1. Mai 1978 gründeten sieben Handwerker, Architekten und Handlanger in Winterthur die Genossenschaft Arba, Architektur und Bauhandwerk. Es waren bärtige, langhaarige Gesellen, den Geist von 1968 im Blut – und die Revolution und die hehre Absicht vor Augen, die Arbeitswelt gerechter, demokratischer und menschlicher zu machen. Selbstverwaltung und gleicher Lohn für alle hiess das Motto, Genossenschaft das Vehikel. Die sieben sorgten für Schlagzeilen in der ganzen Schweiz: den einen waren sie Propheten, den anderen Weltverbesserer oder moskautreue Kommunisten.

Das Geschäft lief recht gut, nach fünf Jahren stieg der Umsatz auf über eine Million, und nach zehn Jahren war die Arba mit gegen 20 Genossenschaftern zu gross für demokratische Beschlüsse. «Endlose Diskussionen verhinderten effiziente Entscheidungen», erinnert sich ein Beteiligter. Die Arba teilte sich in fünf autonome Produktivgenossenschaften, wie das damals hiess. Drei von ihnen sind heute noch aktiv: Arba Bioplan als Architekturbüro, Arba Strom als Elektriker-Genossenschaft und Arbathe im Bereich Sanitär, Solar, Heizung.

Junge wollen Job, keine Ideologie

In den letzten Tagen nun wurden die Kunden darüber informiert, dass Arbathe keine Genossenschaft mehr ist, son-

dern eine Aktiengesellschaft unter der Leitung der beiden bisherigen Genossenschafter Stefan Gänsecke und Patric Grin. Der Grund der veränderten Rechtsform sei kein ideologischer, sondern ein praktischer, sagt Grin: «Die alten 68er sind nicht mehr dabei, und die Jungen lassen sich nicht mehr begeistern von deren Ideen.» Die meisten möchten einfach angestellt sein, ohne zusätzliche Verpflichtungen. Das Geschäft sei zudem sehr kapitalintensiv, weshalb er und Gänsecke sich entschlossen hätten, die Verantwortung und das Risiko zu übernehmen. Auf die tägliche Arbeit habe die neue Rechtsform keinen Einfluss, die Arbeit müsse so oder so perfekt gemacht werden, sagt Grin.

Wegbereiter des ökologischen Bauens

Die Gründerväter von 1978 reagieren unterschiedlich auf die Veränderung. Christoph Keller, früherer Poch-Gemeinderat in Winterthur und bis vor kurzen noch selber teilzeitlich aktiv bei Arbathe, sieht den Schritt als letzte Folge einer Entwicklung, die sich schon seit Jahren abzeichnet habe: «Effektiv war es seit langem ein patronaler Betrieb, weil man einfach keine Leute fand, die als Genossenschafter mitmachen wollten.» Das juristische Gebäude Genossenschaft sei heute vielleicht überholt, doch der Selbstverwaltungsgedanke lebe weiter. Frustriert über die Entwicklung sei er nicht.

Enttäuscht reagiert Alfred Rüeegg, auch er war einer der Arba-Gründer, und noch immer arbeitet er als Architekt bei Arba Bioplan für den Betriebsstundenlohn von 30 Franken: «Die Selbstverwaltung ist bei zwei Chefs nicht mehr gegeben, Arbathe ist nun ein Betrieb wie jeder andere.» Auch er ist von der Entwicklung nicht überrascht, habe Arbathe immer doch seit langem den Grundsatz gleicher Lohn für alle missachtet. Auch der Grundsatz,

dass alle gemeinsam entscheiden, sei verloren, bedauert Rüeegg.

Einig sind sich Grin, Keller und Rüeegg, dass ökologisches oder alternatives Bauen heute längst nicht mehr die alleinige Spezialität von selbstverwalteten Genossenschaften ist. Doch immerhin kommt ihnen das Verdienst zu, Wegbereiter gewesen zu sein. Und einig sind sich die drei auch, dass nicht alle Genossenschaften den Weg von Arbathe einschlagen werden. Unter den Winterthurer Genossenschaften (siehe Kasten) sind keine Pläne bekannt, zu Aktiengesellschaften zu werden.

Selbstverwaltung in Winterthur

Ein gutes Dutzend selbstverwalteter Genossenschaftsbetriebe geschäftet in Winterthur. Zu den ältesten gehören neben der Arba (siehe Haupttext) der Widder (Betz, Laden, Wohnungen, Genossenschaft seit 1981), die beiden Bioläden Rägeboge (1983), die Buchhandlung Atropa (1982) sowie die Elektriker-Genossenschaft Igo (1982), die wie Arbathe in der ehemaligen Spinnerei Hard zu Hause ist. Später kamen das Gartenbau- und Planungsbüro Grünwerk hinzu (1989), die Musikschule Prova (1992), der Textilmaschinen Tucheform und die Volkliker Staffei X (beide 1994) sowie der Getränkehandel und Bierladen Hako (1995).

In einer Selbstdarstellung vor einigen Jahren zählten die Genossenschaftsbetriebe rund 100 Beschäftigte und einen Gesamtumsatz von zehn Millionen Franken. (mgm)

Flughafen: Regierung bleibt stumm

Alle sprechen derzeit über den Flughafen – ausser Regierungspräsident Christian Huber und Volkswirtschaftsminister Rita Fuhrer. Die beiden SVP-Politiker sind abgetaucht.

Von Daniel Bach

Alle waren sie da, in der «Arena» vom Freitag. Flughafenchef Josef Felder stritt mit SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr über die Zukunft des Flughafens, Swiss-Chef André Dosé jammerte über die hohen Kosten der Versätkungen und Verkehrsminister Moritz Leuenberger verteidigte mit sauerlichem Gesicht die Haltung des Bundesrates. In der zweiten Reihe sass Fluglärmmegner aus allen Himmelsrichtungen und warteten auf ihren kurzen Auftritt. Nur eine Akteurin im Fluglärmstreit fehlte: die Zürcher Regierung. Sie sei angefragt worden, erklärte Moderator Urs Leuthard. Aber die neue Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer hatte offenbar keine Lust, ihre Ferien im Engadin für einen Auftritt im Fernsehstudio Leutenbach abzubrechen.

Kein Wort zum Betriebsreglement

Schon am Dienstag, als Flughafenchef Josef Felder das neue Betriebsreglement vorgestellt hatte, mochten weder Fuhrer noch Christian Huber erklären, ob sie die zusätzlichen Starts über den Westen und Süden gutheissen. Und dies, obwohl beide im Verwaltungsrat der Flughafenbetriebe Unique sitzen und dort direkt Einfluss auf die strategischen Entscheide nehmen können. Fuhrers Mitarbeiterin Caroline Rüesch liess zwar verlauten, die Regierung habe dem Konzept «grundsätzlich zugestimmt». Über Details konnte sie aber keine Auskunft geben. Zum Beispiel darüber, warum im neuen Betriebsreglement kein Wort über die Einführung des gekrüppelten Nordflans steht, den die Regierung zu einem früheren Zeitpunkt als prüfungswürdige Option bezeichnet hat.

Harsche Kritik von allen Seiten

«Wir haben uns alle ziemlich gewundert, dass kein Regierungsvertreter in der «Arena» war», sagt Teilnehmer Peter Staub, Präsident des Schutzverbandes der Flughafenbevölkerung. Er finde es «sak-schwach, dass niemand den Mut hatte, hinzustehen». Der frühere Volkswirtschaftsdirektor Ruedi Jeker – er musste das Dossier auf Druck der SVP abgeben – habe die Prügel jeweils klaglos eingesteckt. Auch dann, wenn er eine Position vertreten habe, die gar nicht die seine gewesen sei. Für Daniel Vischer, Nationalrat der Grünen, ist das Verhalten von Fuhrer und Huber «völlig daneben, aber auch typisch». Die Zürcher Regierung sei die Hauptverantwortliche für das Fluglärmschlamassel und wisse offenbar nicht einmal, wo sie sich nun positionieren wolle.

Thomas Morf, Präsident des Vereins Flugschneise SüdNet, wird noch deutlicher: «Die haben offenbar vergessen, dass sie sich im Verwaltungsrat von Unique für die Rechte der Bevölkerung einsetzen müssen.» Ruedi Lais, Präsident des Dachverbandes Fluglärmschutz, doppelt nach: «Das ist einfach nur peinlich.» Er kündigt an, dass die Nichtkommunikation der Regierung ein politisches Nachspiel im Kantonsrat haben werde.

Selbst SVP-Generalsekretär Claudio Zanetti gab zu, dass er sich «ziemlich wunderte über unsere beiden Regierungsräte». Parteipräsident Ueli Maurer dagegen zeigt Verständnis: «Man sollte die Bedeutung der «Arena» nicht überbewerten.» Sie habe sich in letzter Zeit «zu einer ziemlichen Schwatzbude» entwickelt.

Huber will Fuhrer nicht dreinreden

Regierungspräsident Christian Huber betonte gestern, dass ihn das Schweizer Fernsehen nicht angefragt habe. «Ich hätte auch nicht zugesagt.» Einerseits sei ihm die Sendung zu wenig wichtig, um die Ferien im Ausland abzubrechen, andererseits rede er nicht über Dossiers, für die ein anderer Regierungsmitglied zuständig sei. Er bat um Verständnis dafür, dass sich Rita Fuhrer noch nicht öffentlich zu Flughafen-themen äussern wolle. «Man muss sich einfach die Zeit geben, die sie braucht, um sich in dieses komplexe und heiße Gebiet einzuarbeiten.» Fuhrer hat angekündigt, dass sie dafür 100 Tage brauche – diese Frist läuft erst im April ab.

Mann überfallen

Ein 51-jähriger Mann ist in der Nacht auf Sonntag im Winterthurer Neuwiesenquartier von drei Unbekannten überfallen, beraubt und verletzt worden. Der Mann war kurz nach 2 Uhr auf dem Heimweg, als er plötzlich von hinten einen Schlag auf den Kopf erhielt und dadurch zu Boden sank, wie die Kantonspolizei in einem Communiqué schreibt. Einer der Täter habe ihn dann am Boden festgehalten, während die beiden anderen ihm das Portemonnaie mit 400 Franken und sein Mobiltelefon wegnahmen. Danach flüchteten die Täter zu Fuss. Der 51-jährige erlitt Prellungen an Kopf und Oberkörper. (rk)

Wette aus Winterthur

Wenn am kommenden Samstagabend die neueste Ausgabe von «Wetten, dass...?» über die Fernsehbildschirme des deutschsprachigen Europas flimmert, ist auch Winterthur zu sehen. Laut Berichten in den lokalen Medien präsentiert der Reitstallbesitzer Bruno Isikler aus Seen eine spektakuläre Aussenwette. Höchstwahrscheinlich handelt es sich um einen Auftritt seiner Springkuh Sybille – sie erlange nationale Berühmtheit, als sie vor drei Jahren beim Reitportanlass CSI in Zürich spielend bis zu 80 cm hohe Hürden nahm. Wie die Wette in Gottschalks Sendung abläuft, wird im Voraus nicht verraten. (rk)

Tausende Unterschriften für den Bibelunterricht und die Handarbeit

Die Kinder im Kanton Zürich sollen nicht ohne Religions- und Handarbeitsunterricht aufwachsen.

26 000 Zürcherinnen und Zürcher haben eine Petition gegen einen Entscheid des Bildungsrates unterschrieben. Dieser hatte im Rahmen der kantonalen Sparmassnahmen beschlossen, dass es künftig an den Gemeinden liege, ob sie in der Primarschule einen Religionsunterricht anbieten wollen. In einigen Gemeinden käme einer Streichung gleich.

Ein Komitee um die Religionslehrerin Yvonne Wildbolz (Hettlingen) hatte im Dezember 2003 Petitionsbögen an die Schulhäuser verschickt. Dabei sind Unterschriften aus allen Gemeinden zusammengekommen. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) sowie der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) unterstützen die Petition. Der ZLV hat beim

Regierungsrat zusätzlich einen Rekurs gegen den Entscheid eingeleitet. Ende März lanciert ein überparteiliches Komitee eine Gesetzesinitiative, die den Erhalt des Religionsunterrichts sichern soll.

Abbau von Werken verhindern

Auch den Abbau des Handarbeitsunterrichts will man nicht hinnehmen. Ein Aktionskomitee um die Winterthurer Handarbeitslehrerin und EVP-Gemeinderätin Ruth Kleiber hat eine Volksinitiative zu Gunsten der Fächer Handarbeit und Werken an der Primarschule gestartet (TA vom 9. 2.). Nötig sind 10 000 Unterschriften. Das Komitee hatte bereits früher eine Petition gegen den Abbau der Stundenzahl von 4 auf 2 pro Woche in der 5. und 6. Klasse lanciert. Obgleich das Komitee nicht mehr sammelt, erhält es laufend Unterschriften. Neben den bereits gesammelten 52 900 sind mehr als 20 000 hinzugekommen. (das)

TAGESTIPP

Märchen. Das Theater Winterthur am Stadtgarten zeigt «Aladin und die Wunderlampe». Der Saal verwandelt sich mit einem märchenhaften Bühnenbild in eine Welt aus 1001 Nacht, die Darsteller tragen Masken, und die Musiker

spielen auf echten orientalischen Instrumenten. 14 Uhr. Weitere Vorstellungen am Dienstag um 10 Uhr.

Blauer Montag. Shakysound aus 4 Dimensionen. Albanien, ab 19 Uhr.